

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

39 (15.2.1906) [Zweites Blatt]

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 39.

Karlsruhe, Donnerstag den 15. Februar 1906.

26. Jahrgang.

Rede des Abgeordneten Gen. Kolb

in der Sitzung des Landtags vom 9. Februar.

(Schluß.)

Gegen den Bureaucratismus.

Das Grundübel unserer Staatsverwaltung erblickt man in dem veränderten bürokratischen System, in der Vorkorruption des Juristenlebens, in der Tatsache, daß der Kaufmann und der Techniker in der Staatsverwaltung nicht genügend berücksichtigt werden. Daß der Kaufmann, der sonst überall, wo es sich um eine Wirtschaft handelt, an der Spitze steht, auch in der Staats- oder Kommunalverwaltung an geeignete Stellen gestellt wird, davon ist keine Rede. Sollten Sie es denn nicht für notwendig halten, in der Generaldirektion einen Kaufmann zu haben? Das Budget der Generaldirektion würde dann anders aussehen.

Genau so ist es in den technischen Abteilungen. Wir sehen im Zeitalter der Technik. Was für eine Rolle spielt aber der Techniker in der Staatsverwaltung? Das fünfte Rad am Wagen. Überall sitzt der Jurist voran und der Techniker ist höchstens Beirat. Im praktischen Leben dagegen ist es umgekehrt; da steht der Techniker und der Kaufmann an der Spitze und der Jurist ist der Beirat, wie sich das auch gehört. (Sehr richtig.)

In Staatsexamen sollte darauf Rücksicht genommen werden, daß unseren künftigen Beamten die nötigen volkswirtschaftlichen Kenntnisse nicht fehlen. Die Kenntnisse, die sie heute aus dem Repetitorium des Dr. Quarcis mit ins Leben hineinnehmen, reichen nicht aus. Heute braucht nicht bloß der Techniker und der Kaufmann volkswirtschaftliche Kenntnisse, heute braucht sie auch der Jurist, jeder Staatsbeamte überhaupt. Deshalb sollte schon im Staatsexamen mehr Gewicht darauf gelegt werden. Die Folgen dieses Mangels zeigen sich in der Staatsverwaltung.

Wenn man die Techniker nicht in der Weise berücksichtigt, wie sich das gehört, dann wird sich der Mangel an wirklich guten Technikern immer fühlbarer machen. Es wurde im Laufe der Debatte wiederholt darauf hingewiesen, daß wir in vielen technischen Ressorts Mangel an Technikern haben. Wir haben aber nicht nur einen quantitativen Mangel, wir haben — das muß offen gesagt werden — in der Staatsverwaltung auch einen qualitativen Mangel an Technikern, namentlich im Bahnbau. Das ist kein Wunder; es fällt doch natürlich keinem tüchtigen Techniker ein, im Staatsdienst mit 2000 M. anzufangen und nach 10 und 10 viel Jahre mit 5000 M. hinaufzukommen und sich noch vor juristischen Vorgesetzten schubladieren zu lassen. Da geht er lieber in die Privatindustrie, wo er mit 25 und 26 Jahren schon so viel bekommt und unter Umständen mehr, als er im Staatsdienst je erhalten könnte.

Allgemeine Politik.

H. Herren! Ich komme nun zur Politik. Schon während des Wahlkampfes und auch hier während der Debatte ist zum Ausdruck gekommen, daß hier (zum Zentrum) ein großes Uebel liegt und dort (zu den Liberalen) ein großes Uebel liegt. Die Herren halten sich gegenseitig für das größte Uebel. (Heiterkeit.) Daraus ziehen wir die Folgerung, daß wir das kleinste Uebel sind und hoffen, daß die Wähler brauchen denselben Schicksal ziehen. (Heiterkeit.) Sie werden dann in Ihrer Presse nicht mehr behaupten, wir seien die schlimmsten, und es könnte ein guter Staatsbürger einem Sozialdemokraten seine Stimme nicht geben.

Das Stichwahlbündnis.

Das Zentrum hat sich außerordentlich entrüstet über das Stichwahlbündnis, das zwischen dem Volk und der Sozialdemokratie abgeschlossen worden ist. Ich bin der Meinung, daß bei dieser Entzweiung eine gute Portion Verger über die ganz unerwartete Enttäuschung zum Ausdruck gekommen ist. Das Zentrum hat zwar damit gerechnet, daß da und dort Sozialdemokraten dem Wahlbündnis die Stimme geben werden und umgekehrt. Daß aber ein solches Bündnis abgeschlossen und mit solchem Erfolg durchgeführt würde, das hat sich selbst Herr Weber nicht träumen lassen. (Sehr richtig.) Und weil das so gekommen ist, weil die Zentrumserwartung ein so großes Loch bekommen hat, weil in der Stichwahl auch nicht ein einziges Mandat zu haben war, deshalb diese hängigen Wortwüste, als hätten die Nationalliberalen damit wunder welches Verbrechen begangen! Die Nationalliberalen hätten aber politischen Selbstmord verübt, wenn sie es nicht getan hätten, niemand hätte einen größeren Schaden gehabt als sie selbst. Aber Sie (zum Zentrum) hätten sich ins Fäufeln gelockt, denn Sie hätten den Nutzen gehabt. Da, wo der Nationalliberalismus nicht zu derselben Zeit kommt, wie in Baden, sinkt er zum Handlanger der Reaktion herab, wie das in Preußen der Fall ist. Von positivem liberalem Arbeiten kann dort keine Rede mehr sein. Sie vom Zentrum haben gar keine Ursache, sich zu entrüsten. In Baden haben Sie zwar nie Kompromisse abgeschlossen mit uns, sondern immer nur nach dem Scheitern des Scheitert: „Mamier mich nicht, mein liebes Kind, und grüß mich nicht den Linden“. (Heiterkeit.) Aber im übrigen waren Sie sehr geneigt, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen; ich erinnere mich gut, wie wir im Jahre 1897 im katholischen Mainz und verammelt haben, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsmänner und von dort im geschlossenen Zug zum Wahllokal gezogen sind, um dort nicht etwa einen Zentrumskandidaten zu wählen, sondern zwei Sozialdemokraten und einen Demokraten! (Heiterkeit.)

Können Sie also diese Anschuldigungen und Hellen Sie sich nicht hin als die einzigen Verfechter wirklich staatsreuer Gesinnung. Das zieht heute nicht mehr. Wie wenig die Wähler gewillt gewesen wären, diejenige Politik zu verfolgen, die Sie und die Regierung ihnen zumuten wollten, das zeigte der Ausfall der Stichwahl. Der hat alle überzogen. Man hat gewußt, daß im Volk eine liberale Strömung vorhanden ist; aber daß mit solcher Einmütigkeit und Geschlossenheit die Parole befolgt wurde, darüber waren alle überrascht, selbst die Führer, die doch wahrhaftig in solchen Sachen erfahren sind.

Die Situation der Liberalen

ist keine solche, daß sie sich auf Experimente einlassen könnten, wie sie die Regierung wieder empfohlen hat. In dem Augenblick, wo der Liberalismus dem Räte der Regierung folgen würde, könnte er auch in Baden sich geborgen lassen. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie (zu den Liberalen) mit den Herren hier (zum Zentrum) Bündnisse abschließen, sind diese immer der Gewinnende und Sie der verlierende Teil. Der Liberalismus hat noch niemals etwas gewonnen, wenn er mit dem Zentrum sich eingelassen hat, das beweist ja die Geschichte des Liberalismus. Es ist der Fehler des Liberalismus, daß er immer nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, seine liberalen Prinzipien hervorhebt. Sie (zu den Liberalen) haben dem Zentrum vorgearbeitet bis zu diesem Augenblick, wo Sie gesehen haben, daß Sie eine Schwächung machen müssen, wenn es nicht noch schlimmer werden sollte. Die Wähler machen eine wahrhafte liberale Politik nicht, wenn nur die Führer mitmachen. Das haben wir bei den letzten Wahlen gesehen. Da hat immer der Redner den größten Beifall gefunden, der am entschiedensten liberale und demokratische Prinzipien vertreten hat und nicht die anderen, die den Wasserjuckenliberalismus predigen. Für den böhdischen Liberalismus gibt es, so wie die Dinge heute liegen, ein „zurück“ auf diesem Gebiete nicht mehr. Die Regierung kommt ja allerdings und sagt, ihr müßt nach wie vor eine gemäßigte liberale Politik treiben. Ich bin mir nicht ganz klar darüber, was das für ein Ding ist, diese gemäßigte liberale Politik. Es ist offenbar zutreffender, wenn man dieses Ding gemäßigt konfessionell nennt. (Sehr richtig.) Mit dem gemäßigten Liberalismus kommt man in der heutigen Zeit nicht weiter, wo uns die Reaktion im Nacken sitzt. Da muß man entschieden liberal werden; und kann der deutsche Liberalismus sich dazu nicht aufbringen, dann ist er verloren, wenn er auch noch so sehr seine „gemäßigte liberale“ Politik betont.

Die Regierung sagt: ja nicht zu weit nach links. Aber was soll das heißen? Mit wem will die Regierung dem Politik machen? Etwa mit den Bauernbüdnen? Etwa mit den Konfessionellen und dem Zentrum? Das muß eine schöne liberale Politik sein, die man mit dem Zentrum machen kann. (Heiterkeit.) Die Liberalen haben alle Ursache, auf dem Wege weiter zu marschieren, den sie jetzt eingeschlagen haben, und ich möchte wünschen, daß ein noch etwas schnelleres Tempo eingeschlagen wird. (Sehr richtig.)

Der Fall, den wir am 28. Okt. abgeschlossen haben, ist vollkommen umsonst gewesen, wenn Sie nicht in Bezug auf politische Forderungen hier einen entschiedenen liberalen Standpunkt vertreten. Nur eine Frage will ich herausgreifen, die Frage der Reform der Gemeinde- und Kreisordnung. Wenn Sie (zu den Liberalen) da nicht einlenken, wenn Sie da wieder dem Zentrum den Vortritt lassen, dann können Sie sich bezagen lassen. (Lachen im Zentrum.) Sie müssen sich eben auf dem Standpunkt stellen, daß Sie in Deutschland heute wie ein Volk zu regieren haben, das an Zahl mit jedem Tage größer wird, dessen politisches und moralisches Intellekt im Wachsen begriffen ist, und dieses verlangt die Rechte, die es braucht, um Einfluss in Staat, Stadt und Gemeinde auszuüben, und wenn Sie ihm diese Rechte verweigern, dann muß eben das Proletariat ebenso entschieden den Kampf gegen Sie führen, wie es anderen reaktionären Elementen die Spitze bietet. Den Vorteil in diesem Kampfe hat aber die Reaktion, und die Folge davon wird sein, daß der Liberalismus zu Grunde geht. Wenn Sie nicht rechtzeitig einlenken, so werden Sie auch den Einfluss noch verlieren, den Sie jetzt in den Städten noch haben. Der Einwand, daß man dieses Experiment mit den Vertretern der Sozialdemokratie in der Gemeinde nicht machen könne, weil wir einseitige Klassenpolitik betreiben, ist vollständig hinfällig. Von Ihrer (zu den Liberalen) Seite ist schon mehr als einmal betont worden, daß gerade wir in der Gemeinde in allen, ob es Wirtschaftsfragen oder rein kulturelle Fragen sind, die zuverlässigsten Vertreter sind. Wir haben noch niemals einen Widerstand geleistet, wenn es sich um Fragen des Fortschrittes gehandelt hat, im Gegenteil.

Das Zentrum.

Meine Herren! Ich komme nun zum Zentrum. (Zuruf.) Ja, jetzt kommt die Spezialbehandlung. (Heiterkeit.) Die Gefahr des Zentrums, von der so viel die Rede war, ist ganz zweifellos vorhanden, aber sie liegt nicht auf jenen Gebieten, wo sie die sogenannte anti-ultramontane Vereinigung sucht. Der Herr Abgeordnete hat uns gestern eine Menge von Zitaten vorgelesen, aus welchen er beweisen wollte, daß das Zentrum keine mittelalterlichen Zustände herbeiführen will. Ich halte den politisch für einfindig, der daran glaubt, daß das Zentrum das will. Das wollen die Herren vom Zentrum ja schon deshalb nicht, weil sie es nicht können. (Heiterkeit.) Aber etwas anderes ist es, wenn der Herr Abgeordnete damit den Beweis erbringen wollte, daß das Zentrum eine moderne Partei ist, damit kann er gar nichts beweisen. Die Gefahr, die Sie veraposteln, liegt nicht etwa in der Herbeiführung mittelalterlicher Zustände, sie liegt negativ darin, was Sie an Entwicklung zu verhindern beabsichtigen und bei Ihrem heutigen Einfluß auch verhindern. Das ist das gefährliche, und dieser Einfluß muß in Deutschland gebrochen werden. Aus dieser Situation muß der Liberalismus die Konsequenzen ziehen, er muß dem Zentrum mitvoll und unerhördeten entgegenstellen; wenn er das nicht tut, dann ist er verloren. Wir haben keinen Schaden davon. Der Schaden trifft nur den Liberalismus selbst, wir können dabei am besten weg, denn alle ehelich liberalen Elemente werden sich dann der Sozialdemokratie zuwenden. Glauben Sie denn (zu den Liberalen), das deutsche Volk läßt sich auf die Dauer eine Wirtschaftspolitik aufdrängen, wie sie jetzt aus von Ihnen befolgt wird? Das Volk läßt sich auf die Dauer nicht in der Weise drangsalieren, wie das heute seitens der Agrarier geschieht. Das ist ganz unmöglich, schon deshalb, weil wir

uns in einer Vorwärtswirtschaft zum Industriestaat befinden, und weil es dagegen kein Rezept gibt. Deutschland kann bei dieser Politik nicht bleiben, und je länger der Liberalismus nach der Richtung hin Konzeptionen macht, desto weniger werden wir im Stande sein, die Politik zu befolgen, die notwendigerweise befolgt werden muß. (Sehr richtig.)

Die Herren vom Zentrum gehen hier sehr viel mit ihrer christlichen Weltanschauung haufen. Alle Augenblicke hört man, „wir stehen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, wir verlangen, daß die Politik auf dieser christlichen Weltanschauung basiere“. Ja, was heißt denn das eigentlich? Darunter kann man sehr viel und noch einiges andere verstehen. Sie (zum Zentrum) haben eine christliche Weltanschauung, die Leute vom evangelischen Bunde haben eine christliche Weltanschauung, sogar die Kulturkämpfer haben eine. Es handelt sich darum, welche Weltanschauung soll denn nun eigentlich maßgebend und die richtige sein? Sie meinen wahrscheinlich, Ihre Weltanschauung, wir sind natürlich anderer Meinung und insoweit kann die christliche Weltanschauung für die Politik nicht maßgebend sein. Ihre Weltanschauung darf keine ausschlaggebende Rolle spielen, weil sie im Widerspruch steht mit den Grundgesetzen unseres Staates. Wir haben garantiert die Glaubens- und Gewissensfreiheit, und kein Staatsbürger darf nach der Verfassung wegen seines Glaubens, wegen seiner religiösen oder wegen seiner politischen Überzeugung irgendwie benachteiligt werden. Ihr Standpunkt, den Sie hier vertreten, der steht in direktem Widerspruch mit diesen Grundgesetzen des heutigen Staates, und deshalb kann und wird er niemals durchgeführt werden.

Das Zentrum hat überhaupt eine sehr dehnbare christliche Weltanschauung. Mit der christlichen Weltanschauung des Zentrums kann man sich allem und jedem anpassen. Diese christliche Weltanschauung erlaubt es, die Republik und die Monarchie, den Absolutismus sowie den Parlamentarismus für eine göttliche Einrichtung zu erklären, und ich habe die Überzeugung, wenn einmal der sozialistische Staat sich etabliert haben wird und die Herren nicht anders können, als sich einzufügen, dann werden sie auch die sozialistische Gesellschaft für eine göttliche Ordnung erklären. (Heiterkeit.) Und sagen: Das hat Ihr uns zu verstanden, das ist der Sieg des Evangeliums. (Heiterkeit.) Das Zentrum bringt es mit seiner christlichen Weltanschauung fertig, für alle möglichen Wählrechte einzutreten, bei uns in Baden sind alle den dort des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts aufzuspielen, drüben in Württemberg alle möglichen Mittel in Anwendung zu bringen, um die Einführung des direkten Wahlrechts zu hintertreiben, in Preußen nicht einen Finger zu rühren, um dort das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht einzuführen; (Sehr richtig.) bei den Sozialdemokraten und dabei sind die Herren doch alle in einer Partei und haben angeblich dieselben Prinzipien.

Und so wie in Bezug auf das Wahlrecht, ist es auch in Bezug auf die Schule. Sie sind ja sehr schlau, das muß man ja sagen. (Heiterkeit.) Aber doch nicht so schlau, daß wir darauf hereinfallen. (Heiterkeit.) Die Rechenungen, die Sie hier machen in Bezug auf die Simultanschule, können uns nicht etwa dazu verleiten, zu glauben, daß Sie auch dann die Simultanschule hochhalten würden, wenn Sie einmal die Mehrheit haben. Heute ist es sehr opportunistisch, von Ihrem Standpunkt aus zu erklären: Wir sind mit dem bestehenden Zustand einverstanden. Der „Waldmännchen“ ist zwar anderer Ansicht, aber der wurde ja abgestuft. (Heiterkeit.) Auf dem Katholikentage hört man eine andere Melodie. Da war es Herr Schäbler, der erklärt hat: „Das Kind zurück zur Mutter, die Schule zur Kirche!“ Und eine Resolution in Bezug auf die Schulfrage ist angenommen, die unter anderem lautet: „Der Forderung der Simultanschule ist überall entgegen und mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung bzw. Einführung der konfessionellen Volksschule und konfessionellen Lehrerzubereitung einzutreten.“ Und für diese Resolution haben auch die badi-schen Zentrumsmänner gestimmt, die auf dem Katholikentage waren. Da müssen wir Sie doch fragen: Welches sind denn die eigentlichen wahren Prinzipien des Zentrums? Die Sie hier in der Kammer vertreten, solange Sie in der Minderheit sind, aber die überall da vertreten werden, wo Sie keine Minderheit zu nehmen brauchen auf die Mehrheit, wie Sie hier haben? Ich habe die umgehängliche Meinung, daß die wahren Prinzipien auf dem Katholikentage vertreten worden sind. (Sehr richtig.)

Auch in Karlsruhe hat der Herr Abgeordnete in einer Rede den Standpunkt vertreten, daß die Zentrumspartei unter allen Umständen darauf hinarbeiten müsse, auf allen Gebieten den Einfluss der Kirche zurückzuführen, auch auf dem Gebiete der Schule. Als ich am anderen Tage den Artikel im Beobachter gelesen habe, da habe ich — ich habe das extra aufheben wollen — diese Stelle in der Rede nicht gefunden. Ich habe den Beobachter im Volksfreund geschlagen. Darauf erklärte der Beobachter, das sei aus technischen Gründen herausgefallen. (Heiterkeit bei den Liberalen und Sozialdemokraten.) Zu was doch die Technik heutzutage nicht alles gut ist. (Heiterkeit.)

Die Herren vom Zentrum gehen sogar so weit, daß sie ihre eigene Reichstagsfraktion verleugnen. Als der Herr Kollege Ruser vor ein paar Tagen das Zentrum auf den Paragrafen hinwies, den es seinerzeit im Reichstag eingebracht hat, wonach jeder ein Gehalt zu empfangen hätte, der die Volkshilfe leugnet, da erklärte der Herr Kollege Jentner: Das haben wir nicht gemacht, und der Herr Kollege Jentner erklärte: Ja, damit waren wir nicht einverstanden. Ja, was soll denn das eigentlich heißen? Hier natürlich machen Sie solche Geschichten nicht. Sie wissen ganz genau warum.

Dem modernisierten Zentrum, wie es hier vertreten ist, dem ist noch viel weniger zu trauen, wie dem Zentrum, das ein offenes Gesicht hat. Sie sagen: wir werden die Schulfrage nicht anstoßen, das ist Sache der Autoritäten. Jawohl, wenn Sie aber einen Hehl haben als die Hälfte, dann wechseln die Autoritäten, und da wird man bei der Autorität in Freiburg die Schule aufrollen, und Sie werden dann keinen Widerstand ent-

gegensehen, sondern gehorsam Folge leisten. (Sehr richtig.) Wir wissen ganz genau, daß Sie in dem Augenblick, wo Ihr Einfluss ausreichen würde, eine wachsende Zentrumspolitik befolgen und Ihren Einfluss auf die Regierung ausüben würden, und das werden wir unter allen Umständen zu verhindern suchen.

Und nun kurz

unsere Stellung zur Regierung.

Diese Stellung ist ja ganz klar. Wir brauchen uns gegenseitig nichts vorzumachen. Wir kennen uns (Heiterkeit). Wir bringen der Regierung kein Vertrauen entgegen und die Regierung uns auch nicht. (Heiterkeit.) Also in der Beziehung können man sich eigentlich sehr kurz fassen. Daß wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, das wissen wir nicht erst seit heute. Daß die Regierung in dieser Beziehung gar nicht auf die Verfassung Rücksicht nimmt, ist für uns nichts neues. Aber wir protestieren dagegen, daß wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Wir sind nach der Verfassung mit allen anderen Staatsbürgern gleichberechtigt und haben genau das Recht, wie jeder andere Staatsbürger, unsere politischen Prinzipien zu vertreten. Sie können erst dann einschreiten, wenn wir mit dem Gesetz in Konflikt kommen, und Sie haben es noch nie verübt, im gegebenen Falle es auch zu tun.

Der Herr Minister hat u. a., als hier erwähnt wurde, daß im Oberland ein Sozialdemokrat mit einem Oberamtmanne gemeinsam Wahlagitator gemacht habe, erklärt: „Ja, das kann nicht ganz zutreffend sein; es ist ja möglich, daß der Sozialdemokrat zufällig in der Versammlung anwesend war und auch gesprochen hat, nachdem der Oberamtmanne gesprochen hatte; aber daß sie gemeinsam die Rede gemacht haben, das ist vollständig unmöglich, denn das habe ich nicht.“ Ja, Herr Minister, wenn ein Nationalliberaler und ein Demokrat und schließlich auch ein Zentrumsmann mit einem Oberamtmanne reisen dürfen, ohne daß der Oberamtmanne in seinem Ansehen zu Schaden kommt, dann darf es doch unter Umständen auch ein Sozialdemokrat. Ich sage das nicht etwa deshalb, weil es uns angenehm wäre, wenn unsere Genossen mit den Oberamtmanne Agitation machen würden. Im Gegenteil, wir sehen das mit großem Interesse. Aber hier handelt es sich um den Rechtsstandpunkt, und der hat der Herr Minister hier nach meinem Dafürhalten mit seiner Bemerkung verfehlt.

Der Herr Minister hat weiter erklärt, daß er auch nur unsere Versammlungen übersehen läßt und andere nicht, also auch damit beweisen, daß wir so quasi unter einem direkten Ausnahmegefesche stehen. Die Versammlungsoberwachung schadet uns ja nichts, im Gegenteil, wir haben schon manchen Anhänger dabei gewonnen. Unter Ihren Beamten und Schulleuten sind nicht wenige Anhänger der Sozialdemokratie. Also wenn bloß das in Betracht käme, hätten wir gar nichts gegen die Überwachung. Aber es kommt eben zweierlei Maß dabei zum Ausdruck. Warum gerade uns übersehen? Machen denn wir irgend etwas in unseren Versammlungen, was den Gesetzen zuwiderläuft? Die meisten Aufstellungen, die vorkommen, sind gewöhnlich in gar keiner Weise begründet, und ein anderes ist in den Versammlungen noch nicht vorgekommen, was dem Herrn Minister Veranlassung geben könnte, uns unter ein besonderes Gefesche zu stellen. Und wenn er das schon tun will, dann soll er doch wenigstens Leute schicken, die einigermaßen Urteile haben und eine selbständige Meinung, und nicht so einen jungen Referendar, der kaum aus der Univer-sität herausgekommen ist. Da ist es mal passiert, daß in Durlach ein solcher Mann die Versammlung aufgelöst hat, und als man ihn fragte, auf Grund welches Paragrafen? erwiderte er: das weiß ich im Augenblick nicht. (Heiterkeit.) Es liegt gar kein Anlaß vor, uns in der Weise zu behandeln. Als wir neulich in Karlsruhe eine Versammlung gegen die Wollentworte hielten, wurde ein Polizeiaufgebot von 40 Mann in verschiedenen Teilen der Stadt postiert. Was soll das bedeuten? Herr Minister, hatten Sie uns für so dumme, daß wir Revolution machen am hellen lichten Sonntagmorgen? (Heiterkeit.) Wenn wir eine Demonstration hätten veranstalten wollen, ich versichere Sie, Herr Minister, daß es zu keinen Unzufriedenheiten gekommen wäre; die drei Dutzend Polizeibeamten hätten uns nicht genier, sie hätten vielleicht mit uns die Ordnung aufrecht erhalten und dagegen demonstriert, daß sie am Sonntag ihre freie Zeit offen müssen. So belämpfen Sie nicht die Sozialdemokratie, sondern sie erreichen das direkte Gegenteil!

Der Herr Minister hat sich sehr abfällig über den Ton der sozialdemokratischen Presse geäußert. Die sozialdemokratische Presse wird nicht für Gemeinplätze erster, zweiter und dritter Güte geschrieben, sondern für die breite Masse des Volkes, wo die Sprache und die Worte nicht dazu dienen, um dahinter die Gedanken zu verbergen. Die sozialdemokratische Presse schreibt immer so deutlich, damit sie von jedermann verstanden wird. Wenn man in die Karlsruher Zeitung schreibt, ist es umgekehrt; man ergibt sich da in solchen Wortdrehungen, daß man von der ganzen Welt mißverstanden wird. (Heiterkeit.) Wir haben den Vorzug, daß man uns versteht, und wenn die sozialdemokratische Presse etwas gegen die Minister schreibt, dann wird sie ganz besonders deutlich; das geschieht, damit die Herren uns nicht mißverstehen. Wir werden uns vom Regierungston keine Vorschriften machen lassen, in welchem Ton wir zu schreiben haben. Ich halte den freien offenen Ton der sozialdemokratischen Presse, auch wenn die Worte manchmal nicht gut ausgedrückt sind, für besser als die Heuchelei in der offiziellen Presse. (Sehr richtig.)

Der Herr Minister hat behauptet, unsere Partei sei eine Klassenpartei. Sie sind eine Klassenregierung und da sitzen auch Klassenparteien hüten und drüben. Der Unterschied besteht nur darin, daß wir die Klasse vertreten, die die große Mehrheit des Volkes bildet, und bislang noch niemals zu ihrem Rechte gekommen ist, weil die herrschenden Klassen die Gesetzgebung immer zu ihrem Vorteil benutzt haben. Wir haben nicht bestritten, daß wir in erster Linie die Vertreter der minderbemittelten Volksschichten sind, des Proletariats. Wir haben kein Hehl daraus gemacht und sind damit offener und ehrlicher als andere Parteien.

